

# Trümpfe gegen das Artensterben und für mehr Biodiversität

**Forderungen zur Landtagswahl in Thüringen, die Eingang in die  
Wahlprogramme finden sollten**



*Die zukünftige Landesregierung hat großen Einfluss darauf, wie sich unsere Natur und Landschaft in den kommenden Jahren entwickeln wird. In der Vergangenheit haben wir Einiges für die Natur in Thüringen erreichen können. In fünf Prozent des Landeswaldes darf sich Natur ungestört entwickeln. Zwölf Natura-2000-Stationen und unser Kompetenzzentrum Natura-2000-Stationen wurden etabliert sowie gesetzlich verankert. Das Grüne Band ist als Nationales Naturmonument gesichert. Alle drei Beispiele haben bundesweite Strahlkraft. Dennoch geht das Artensterben rasant weiter. Thüringen braucht deshalb weiterhin eine naturschutzambitionierte Politikausrichtung.*

*Der NABU Thüringen hat seine Forderungen an eine zukünftige Politik zum Wohle der Natur und für uns Menschen formuliert. Parteien, die ein Interesse an der Rettung unserer Natur haben, fordern wir auf, diese Trümpfe gegen das Artensterben auszuspielen.*

## **Summende Vielfalt**

- Einsatz von Pestiziden bis ins Jahr 2026 um 50 Prozent reduzieren

## **Blühende Landschaften**

- Etablierung eines Aktionsplans für strukturreiche Landschaften

## **Lebendige Gewässer**

- Entwicklung eines Aktionsplans zur Belebung der Bach- und Fluss-Auen

## **Artenreiche Auen**

- Schaffen eines landeseigenen Fonds für den Kauf von Flächen in der Aue

## **Behütete Naturschätze**

- Betreuung von Naturschutzgebieten durch Ranger\*innen

## **Beschützte Arten**

- Einrichten einer Stabstelle zur Bekämpfung von Umweltkriminalität

## **Kontakt**

### **NABU Thüringen**

Leutra 15

07751 Jena

Tel.: 03641/605704

Fax: 03641/215411

Lgs@NABU-Thuringen.de

## Mit einer Agrarwende die Artenvielfalt retten

Vor allem die Landwirtschaft hat einen großen Einfluss auf die Natur. Derzeit trägt sie unter anderem dazu bei, dass unsere Böden und Gewässer verschmutzen und die biologische Artenvielfalt zurückgeht – am stärksten trifft es die Insektenwelt. Trotz dieser offensichtlichen Konsequenzen können sich viele Teile der Landwirtschaft momentan noch nicht vorstellen, bei der Bewirtschaftung ihrer Felder und Wiesen weitgehend auf Gift und synthetische Düngemittel zu verzichten. Doch wir wollen in Zukunft gesunde Nahrungsmittel essen, den drastischen Artenschwund aufhalten und den durch Menschen verursachten Beitrag zum Klimawandel abmildern. Die Daten belegen dringenden Handlungsbedarf und die Lösungen liegen auf dem Tisch. Weitere Zeit verstreichen zu lassen, hätte fatale Folgen für den ganzen Planeten und somit auch für uns! Eine moderne Landwirtschaft ist eine Landwirtschaft, die sich in die ökologischen Rahmenbedingungen unseres Ökosystems einfügt. Gemeinsam mit den Landwirten muss eine zukunftsfähige und umweltverträgliche Landwirtschaft entwickelt werden. Langfristig muss der vollständige Verzicht auf Pestizide ein wichtiges Ziel sein. Wir fordern deshalb zum Einstieg den **Einsatz von Pestiziden bis ins Jahr 2026 um 50 Prozent zu reduzieren**. Hierzu muss ein für die Landwirtschaft praktikables Pestizidreduktionsprogramm vom Land Thüringen etabliert werden. Maßnahmen wären zum Beispiel der Verzicht oder die Reduzierung von Pestiziden auf den landeseigenen Flächen und den Flächen der Kommunen im Freistaat. Zusätzlich ist in ökologisch sensiblen Gebieten wie zum Beispiel in Natura-2000-Gebieten und gesetzlich geschützten Biotopen auf den Einsatz von Pestiziden zu verzichten. Für die Landwirtschaft muss gesetzlich geregelt werden, dass Maßnahmen des integrierten Pflanzenschutzes generell erst zum Einsatz kommen müssen, bevor auf den Einsatz von chemischen Pestiziden zurückgegriffen wird. Ziel ist es zuerst, naturschonende Pflanzenschutzmethoden einzusetzen. Ein Beratungs- und Kontrollsystem muss das Ganze begleiten. Ebenso wichtig ist es, die Vermarktung von Produkten zu fördern, die ohne Pestizide im Freistaat produziert werden. Hilfreich kann hier die Einführung und Förderung eines Labels „Pestizidfrei aus heimischer Landwirtschaft“ sein. Ein Pestizidmonitoring muss die gesteckten Ziele und eingeleiteten Maßnahmen jährlich überprüfen und eventuell neue Maßnahmen im Pestizidprogramm hinzufügen. Ebenso wichtig für die Artenvielfalt ist eine vielfältige und strukturreiche Landschaft. Deshalb fordert der NABU Thüringen von der zukünftigen Landesregierung **einen Aktionsplan für strukturreiche Landschaften** einzuführen. Über alle Naturräume und Landnutzungsformen hinweg ist ein Mindestanteil von zehn Prozent echter ökologischer Vorrangflächen einschließlich Blühstreifen, Ackerraine und Hecken zu sichern sowie die nötigen Förderinstrumente dafür bereitzustellen. Im Wesentlichen geht es um eine Flurbereicherung als neue Form der Flurbereinigung inklusive Förderprogramm zur Vernetzung der Landschaft mit Feldgehölzen, Hecken und kleinen Fließgewässern.

## Lebendige Gewässer entwickeln

Die Bach- und Fluss-Auen waren einst als Adern der Landschaft, ein wichtiger Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten. Sie speichern das Wasser und dienen als Filter für Schadstoffe. In trockengelegten Auen, egal ob intensiv ackerbaulich genutzt oder bebaut, verschwindet die Artenvielfalt. Gleichzeitig werden unsere Dörfer und Städte vermehrt von Hochwassern heimgesucht. Wir können unsere Siedlungen vor Hochwasser schützen und artenreiche, naturnahe Auen entwickeln, wenn wir konsequent Deiche beseitigen oder verlegen, die nicht der Sicherung von Bebauung oder Infrastruktur dienen. Das ist insbesondere an Gera, Unstrut und Weißer Elster erforderlich. Der NABU Thüringen fordert von der zukünftigen Landesregierung einen **Aktionsplan zur Belebung der Bach- und Fluss-Auen**.

Dazu gehört in auch die Etablierung **eines landeseigenen Fonds für den Kauf von Flächen an Gewässern und in den Gewässerauen**. Mit dem Erwerb von Flächen und der Extensivierung der Nutzung können eine Verbesserung der Gewässerstruktur erreicht und die dortigen Lebensräume auf Dauer entwickelt und gesichert werden. Dadurch können nicht nur bedrohte Pflanzen- und Tierarten unterstützt werden. Auch Nutzungskonflikte zum Beispiel mit den Aktivitäten des Bibers können weitgehend vermieden werden. Um gestalten zu können, benötigt der Biber ungenutzte Uferrandstreifen von 10 bis 20 Metern Breite, hier finden die Hauptaktivitäten des Bibers statt. Der Flächenkauf in der Aue würde so zur Akzeptanzsteigerung von Bibern in der Landschaft führen. Im Gegenzug bringen die Biber mit ihren Dämmen und Burgen mehr Gewässerstrukturen und das ganz ohne kostspielige Renaturierungsmaßnahmen.

## Die Naturschätze im Blick behalten

Naturschutzgebiete sind für viele seltene Tier- und Pflanzenarten die letzten Rückzugsgebiete in einer von Menschen intensiv genutzten Kulturlandschaft. Doch Schutzgebiete ohne Personal sind wie Boote ohne Ruder: sie dümpeln vor sich hin. Das Resultat: zu oft werden Naturschutzgebiete als illegaler Müllplatz benutzt, Nutzungsaufgaben und Wegegebote nicht eingehalten, Pflanzen niedergetrampelt und Tiere gestört. Um Thüringens Naturschätze zu bewahren, **ist eine Betreuung von Naturschutzgebieten durch Ranger\*innen erforderlich**. Für die Schutzgebiete, die größer als 500 Hektar sind, sollte jeweils ein\*e Ranger\*in eingestellt werden. Bei Gebieten über 1000 Hektar müssten es dann zwei Ranger\*innen sein. Die Ranger\*innen informieren die Besucher, überwachen die Einhaltung der einzelnen Verordnungen und dokumentieren die Entwicklung der Arten und Lebensräume.

Auch bei den geschützten Tierarten gibt es in Thüringen immer wieder Fälle von illegaler Nachstellung. Greifvögel werden vergiftet, Biber und Fischotter getötet. In den Behörden fehlen Ressourcen, um derartige Fälle auch stringent verfolgen und ahnden zu können. Proben von Tieren mit Vergiftungsverdacht werden teilweise gar nicht untersucht und die Ermittlungserfolge sind sehr gering. Für die Aufklärung von Verdachtsfällen von Umweltkriminalität ist eine **Stabsstelle für Umweltkriminalität** mit klaren Strukturen, Verantwortlichkeiten und dem spezifischen Fachwissen zur Aufklärung in Thüringen erforderlich. Eine wichtige Aufgabe der Stabsstelle muss es sein, die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Umweltverwaltungsbehörden zu verbessern.